

Wir wollen mehr!

Mehr Geschlechtergerechtigkeit in M-V!



Die Gleichberechtigung von Männern und Frauen gehört zu den Grundnormen moderner Gesellschaften. In den vergangenen Jahrzehnten sind in Deutschland und in M-V hierbei erhebliche Fortschritte erzielt worden:

- stärkere Arbeitsmarktintegration von Frauen
- Wandel der Rollenbilder von Frauen und Männern
- wachsendes Bedürfnis nach einer gleichberechtigten Aufteilung von Erwerbs- und Sorgearbeit zwischen den Geschlechtern.

Wie wenig echte Gleichstellung jedoch tatsächlich Realität ist, zeigte der erste Gleichstellungsbericht der Bundesregierung (2011). Hier einige Fakten:

- Erwerbs- und Sorgearbeit sind zwischen den Geschlechtern immer noch extrem ungleich verteilt.
- 48 % der Arbeitnehmerinnen arbeiten in Teilzeit – die Quote bei Männern liegt bei 10 %.
- Frauen verdienen bei uns im Durchschnitt 22 % weniger als Männer, bei gleicher Tätigkeit/Qualifikation.
- Frauen verfügen durchschnittlich nur über 40 % der Alterseinkünfte von Männern. Altersarmut von Frauen wird in den kommenden Jahren stetig zunehmen.
- Alleinerziehende (und ihre Kinder) sind in Deutschland einem enormen Armutsrisiko ausgesetzt.
- Der weibliche Anteil an den Vorständen in den 160 größten deutschen börsennotierten Unternehmen lag 2014 bei 5,5 % (2013: 6,2 % / 2005: 2,3 %).
- 35 % der Frauen zwischen 15 und 74 Jahren haben körperliche und/oder sexuelle Gewalt erfahren. Nur 15 % dieser Frauen sind deswegen zur Polizei gegangen.
- In Deutschland wird die unbezahlte familiäre Pflege zu 75 % von Frauen geleistet (jährlich ca. 4,9 Mrd. Std. Pflegearbeit – ca. 3,2 Mio. Arbeitsplätze).

Es gibt also noch so viel zu tun!

Jedoch stagniert die Politik in Punkto Geschlechtergerechtigkeit – kommunal, landes- und bundesweit. Gleichstellungsthemen stehen zunehmend unter Legitimationszwang und sind angesichts der permanenten Krisen in Europa immer wieder vom Irrelevanz-Argument bedroht. Zusätzlich formieren sich hierzulande wie überall in Europa rechtspopulistische Kräfte gegen eine fortschrittliche Geschlechter- und Familienpolitik. Dabei wäre es hilfreich, geschlechter- und familienpolitische Fragen als unverzichtbaren Teil einer umfassenderen Strategie für Wohlstand, Wachstum und Lebensqualität zu begreifen.

Landesprogramm für mehr Geschlechtergerechtigkeit in M-V

Das politische Ziel sollte sein, Geschlechtergerechtigkeit als zentrale gesellschafts- wie fachpolitische Aufgabe spürbar voranbringen – auch in unserem Bundesland.

Die bisherigen Ansätze zur Gleichstellungspolitik in Mecklenburg-Vorpommern reichen dafür nicht aus. Nachhaltige Geschlechtergerechtigkeit ist nicht nur mit Gesetzen, Quoten und einzelnen fachpolitischen Landesprogrammen zu erreichen. Dazu bedarf es eines gesellschaftlich breiteren Ansatzes. Den sehen wir in einem Landesprogramm für mehr Geschlechtergerechtigkeit M-V.

Im Dialog mit möglichst vielen gesellschaftlichen Akteurinnen und Akteuren gilt es, Werte und Ziele zur Geschlechtergerechtigkeit zu definieren. Und zur nachhaltigen Umsetzung dieser Zielstellungen mit einem konkreten, verbindlichen und abrechenbaren Maßnahmeplan zu untersetzen. Dabei ist der Dialog das wichtigste Instrument. Papier-tiger haben wir genug.

Für diesen Dialogprozess sollte federführend die Landesregierung M-V die Verantwortung tragen. Der Dialog sollte sich zunächst auf folgende Bereiche fokussieren:

- **Arbeitsmarkt:** existenzsichernde Beschäftigung – Chancengleichheit von Frauen und Männern im Erwerbsleben – Vereinbarkeit von Erwerbs- und Privatleben von Frauen und Männern – Fachkräftesicherung
- **Soziale Gerechtigkeit:** Armutsbekämpfung insb. bei älteren Frauen und Alleinerziehenden – bedarfsgerechte Hilfen bei häuslicher Gewalt und sexualisierter Gewalt – Geschlechtergerechtigkeit in Gesundheitsbereichen und in der Pflege – Generationengerechtigkeit und demografischer Wandel
- **Bildung:** GenderKompetenzen in Ausbildung von pädagogischen Fachkräften – Gendersensible Berufsorientierung – Chancengleichheit in Bildung, Ausbildung, Studium und Berufsübergang



Mit einem themen- und ressortübergreifenden Landesprogramm

erfährt die Gleichstellungspolitik in unserem Bundesland eine inhaltliche und strategische Weiterentwicklung auf neuem Niveau. Wobei die Debatte um Geschlechtergerechtigkeit immer auch mit aktuellen politischen Fragestellungen verbunden werden sollte, wie der demografische Wandel, die Fachkräftesicherung, die Perspektive der Pflege oder auch die Integration von geflüchteten Menschen.

Geschlechtergerechtigkeit gehört auf die politische Tagesordnung – als zentrale Herausforderung an eine moderne Gesellschaft.

Deshalb unsere Forderung an die Landespolitik:

Machen Sie sich stark für ein Landesprogramm für mehr Geschlechtergerechtigkeit in Mecklenburg-Vorpommern!